

Dieses Werk wurde Ihnen durch die Universitätsbibliothek Rostock zum Download bereitgestellt.

Für Fragen und Hinweise wenden Sie sich bitte an: digibib.ub@uni-rostock.de .

Das PDF wurde erstellt am: 21.06.2025, 16:01 Uhr.

Ein Blick auf den Stand der Volkssache und das Verhalten der Linken zu derselben

[Erscheinungsort nicht ermittelbar]: [Verlag nicht ermittelbar], [1848?]

<https://purl.uni-rostock.de/rosdok/ppn1878635042>

Druck Freier  Zugang



für dich
auf dem Hand der Rechtsprache und
der Pflichten der Linken
zu dir selbst.

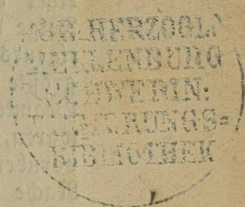
1850

Mkl f i

4603

Muller, I
4603.

[Faint, mostly illegible text, likely bleed-through from the reverse side of the page.]



Ein Blick auf den Stand der Volksfrage und das Verhalten der Linken zu derselben.

Eine wichtige Zeit, reich an Erfahrungen, liegt seit den Märztagen 1848 hinter uns; eine noch wichtigere Zeit liegt gewiß noch vor uns und macht Anforderungen an Jeden, mitzuwirken für einen besseren Zustand, nicht müde zu werden und sich nicht einschläfern zu lassen; aber möchten die Erfahrungen der Vergangenheit auch Alle klüger und weiser machen, damit wir nicht der dumme Michel bleiben, wofür leider der Deutsche seit lange gegolten hat. Als im Frühlinge des Jahres 1848 die Deutschen sich überall erhoben und die ihnen zukommende, auch oft von den Fürsten versprochene, aber nie gewährte Freiheit forderten, als selbst mit dieser Forderung sich Wien in dem als verdummt verschrieenen Oesterreich erhob und Berlin diesem Beispiele folgte, da versprachen die Fürsten Deutschlands, nun endlich den deutschen Volksstämmen die freie Ausübung der Menschenrechte zu gewähren; eine Nationalversammlung vom Volke selber gewählt, sollte zu Frankfurt die Neugeburt des einigen freien Deutschlands zu Tage fördern. Und das Volk, das seit 1813 so oft getäuscht und betrogen war, vertraute diesem fürstlichen Worte. Es schien auch vergessen zu haben, daß der Adel, ein großer Theil der Gutsbesitzer, Beamten und

Priester früher das sogenannte Volk geknechtet und geschunden hatte, da alle diese Herren mit ihren Helfershelfern plötzlich volksfreundlich und herablassend geworden waren, ja selbst als Vorkämpfer für eine freiere Zukunft theilweise sich geberdeten. Aber das Alles war nur eine Verstellung und bei Vielen eine Folge der Furcht vor dem Wiedervergeltungsrecht, welches ihr eigenes Gewissen ihnen in Aussicht stellte. Das war aber der größte politische Fehler, den das Volk beging, daß es die alten Beamten, welche bisher Volksunterdrücker und kleine Tyrannen waren, in ihren Stellen ließ. Denn als die erste Bestürzung vorüber war und man sah, daß das Volk gutmüthig weder Rache übte noch darauf Bedacht nahm, sich seine Macht zu sichern, da fing im Geheimen das alte Spiel an. Adel, Gutsbesitzer, Beamte und Priester gewannen bald die reicheren Bürger für ihre Ansicht, daß man dem Volke nicht zu viel nachgeben müsse, denn es würde in seinen Forderungen keine Grenzen kennen; der Communismus und Socialismus wurden als Gespenster hingestellt, welche alle Ordnung umstoßen und kein Eigenthum, keinen Besitz schonen würden: die rothe Republik wurde in Aussicht gestellt, Krieg, Raub und Mord wurden als eine unausbleibliche Folge prophezeit, und was man sonst für Schreckbilder noch auffinden konnte. Hierdurch ließen auch Kaufleute und Handwerker sich theilweise ängstigen, da natürlich der Verkehr augenblicklich stockte und durch jene Reicheren diese Stockung absichtlich vergrößert wurde. Und obendrein hatte das gutmüthige Volk sehr viele von diesen jetzt so freundlichen Herren als Abgeordnete nach Frankfurt gewählt. War es da ein Wunder, daß allmählig Alles rückwärts ging? Das Volk aber wurde neben seinem Vertrauen auch nachlässig in dem, was es selber zur Sicherung seiner Rechte hätte thun sollen und können, es unterließ die Selbstbewaffnung. Dagegen wurde das stehende Heer, welches allein dem Willen der Machthaber und der Officiere gehorchen muß, vermehrt, — und so stand bald die Reaction d. h. die Partei, die die alten für sie so glücklichen Zustände wieder einführen will, völlig gerüstet und in ihrem Plane einig dem wehrlosen Volke gegenüber da. Preußen schloß, nachdem der Krieg gegen Dänemark lau geführt war, den schimpflichen Waffenstillstand zu Malmö am 26sten August, um die Garden gegen Berlin zu verwenden; am 15ten September wird General Wrangel zum Oberbefehlshaber in den Marken ernannt und am 10ten November zieht derselbe in Berlin ein und sprengt mit Gewalt die preussische Nationalversammlung. Vorher aber war Oesterreich mit einem solchen Beispiele vorangegangen, die Ungarn und Mailänder waren angegriffen und General Win-

bischgrätz eroberte Wien vom 28—31. Oct., worauf dort viele Volksfreunde, unter ihnen Robert Blum, erschossen wurden. Mag man auch dem Volke nachsagen, daß es oft den sogenannten Rechtsboden verlassen habe, es hat an seinen Unterdrückern bisher keine Rache geübt, und wenn auch wohl Einer derselben in der ersten aufbrausenden Hitze des Volks umkam, es hat nachher seinen Feinden verziehen. Wo aber die Reaction siegt, da füllen sich die Gefängnisse, da wird die Verfolgung Jahre lang fortgesetzt und unter dem Scheine des Rechts werden Viele zum Tode befördert. — Nachdem Wien und Berlin gefallen, die Reaction also ihr Haupt schon stolzer erheben konnte und die stehenden Heere, die doch auch aus Staatsbürgern bestehen und einst das Schicksal ihrer geknechteten Väter und Brüder theilen müssen, als ihr Eigenthum, als blindes Werkzeug ihrer Pläne betrachtete, da trat auch die Reaction in der Nationalversammlung zu Frankfurt deutlicher hervor. Es war nun nicht mehr diese Versammlung dazu bestimmt, Deutschland eine Verfassung zu geben, die Volk und Fürsten anzuerkennen und auszuführen hätten, nein die Fürsten standen nun schon wieder höher als das ganze Volk und das Vereinbarungsprincip wurde vorherrschend; — und darin stimmten Abgeordnete des Volks in der Paulskirche ein. Wo es aber aufs Vereinbaren ankommt, da kann auch das Verwerfen, das Nichtannehmen erfolgen; und so ist es geschehen. Vier deutsche Könige und ein Kaiser haben die Verfassung verworfen und wollen den deutschen Volksstämmen eine andere Verfassung aus Gnade und Barmherzigkeit schenken, nein nicht schenken, sondern nur leihen, und zwar so lange es diesen Fürsten gefällt oder das Volk sich nicht undankbar dieser hohen Gnade beweist. Die andern Fürsten Deutschlands haben zwar die Verfassung anerkannt, aber zu ihrer Ausführung fehlt eben die Anerkennung der 3 Könige und des Kaisers und so kann sie nicht ausgeführt werden; deshalb wird also Alles unterbleiben, was in Frankfurt beschlossen ist, und der Schluß und das Ende dieses ersten Erwachens und Auftretens des Volks wird eben sein: Es ist nichts erreicht, es bleibt beim Alten, — und du Volk, ziehe die Schlafmütze über die Ohren und lege Dich zur Ruhe.

Aber auf die Nacht und ihre Ruhe folgt ein neuer Morgen und mit neuer Kraft, reicher an Erfahrungen wirst Du, mein Volk, erwachen und das Versäumte nachholen.

Werfen wir einen Blick nun auf unsern mecklenburgischen Volksstamm, was ist in unserm Lande geschehen in der Zeit der Bewegung des ganzen Deutschlands? Unser Fürst, gewiß einer der edelsten unter den deutschen Fürsten, verhiess seinem Lande

eine neue Verfassung und zwar gegründet auf der breitesten Grundlage, von frei gewählten Volksvertretern entworfen und beraten. Aber den Fürsten umgiebt eine Menge von Leuten, denen das Neue ein Gräuel ist, und seine Räte gehören zu denen, welche die Volksfreiheit nicht wollen im Sinne des Volkes, sondern sie von allen Seiten beschränken und beschneiden, während sie die Macht des Fürsten als von Gottes Gnaden anerkennen. Die hieraus fließenden Folgerungen kann sich Jeder machen. — Bei der Wahl der Abgeordneten ging aber häufig ein doppelter Betrug vor: man hatte erst Wahlmänner zu wählen, und da fiel die Wahl auf die, welche das meiste Ansehen und den größten Einfluß hatten, welche Weltkenntniß besaßen oder sich volksfreundlich stellten; sodann aber wählten diese Wahlmänner nicht nach dem Wunsche ihrer Wähler, sondern oft nach eigenem Vortheile, oft auch getäuscht durch die jungen liebevollen Gesinnungen der Bewerber. Bald genug zeigte sich in der Abgeordnetenkammer, welche Gesinnung Jeder habe; die wahren Volksfreunde traten zusammen als die Linke, sie achteten nicht auf den Haß und Schmähungen der Reaction und der Hofbedienten, sie achteten als ächte Demokraten den Willen und das Wohl des Volkes, das sie erwählt hatte, als die einzige Richtschnur ihrer Bemühungen und stellten an die Spitze der Verfassung den Satz: „das Volk ist die Quelle aller politischen Gewalt,“ was das selbe sagt als der Grundsatz der Reformier: „des Volkes Wille ist das höchste Gesetz im Staate.“

Zuerst hatten diese Volksfreunde das Uebergewicht, eben von den 103 Abgeordneten bildeten sie die Zahl 57; leider aber zählen sie jetzt nur 42. Rechnen wir dagegen die Partei derer, welche alle Schritte der Regierungen gut heißen, zusammen mit den Unentschiedenen und Schwankenden; bedenken wir die Einflüsse, welche die Ereignisse im ganzen Deutschland, die sich zu Gunsten der Reaction jetzt zu gestalten scheinen; kennen wir die Gesinnungen der Rathgeber der Krone und wissen wir, daß sie ihren Ansichten durch die Macht der Bayonnette Geltung zu verschaffen hoffen; — so ist es sehr natürlich, das die Linke nicht Alles, was sie dem Wohle und der Freiheit des Volkes für nothwendig erachtet, durchführen kann, sondern Vieles nur anregen muß auch ohne sichere Aussicht auf Erfolg, doch hoffend auf eine günstigere Zeit und gleichsam den Samen austreuend für eine bessere Zukunft. Eine kurze Uebersicht möge von ihren Bemühungen Rechenschaft geben:

Sie hat 1) wegen der allgemeinen deutschen Verhältnisse beantragt: Maßregeln zum Schutze Wiens (1ste Sitzung); die

Billigung der Handlungsweise der preussischen Nationalversammlung (11te Sitzung); Erklärungen der Regierung gegenüber den preussischen Noten vom 23sten Januar, 3ten April und 28sten April (43ste, 76ste und 86ste Sitzung); daß die Nationalversammlung in Frankfurt das allein verfassungsgebende Organ für Deutschland sei, daß die Erklärungen unserer Regierungen über die Reichsverfassung einer Zustimmung der Abgeordnetenversammlung bedürfen; daß jede Verfassung Deutschlands, die nicht aus freiem Entschließen der Nationalversammlung hervorgehe, nicht eher für unser Land bindend sei, bevor nicht die Kammer der Abgeordneten ihre Zustimmung gegeben (44ste Sitzung); daß der gegebenen Reichsverfassung die volle Ausführung gesichert werde (76ste S.); daß das Militär und die Beamten auf die Reichsverfassung beeidigt werden (84ste S.); daß der deutschen Centralgewalt die ganze bewaffnete Macht und waffenfähige Mannschaft Mecklenburgs zur Verfügung stehe (89ste S.); daß ein Ausschuß für die deutsche Angelegenheit gewählt werde (91ste S.) und daß die Schritte der Regierung in der deutschen Sache der Kammer der Abgeordneten zur Berathung vorgelegt werden (96ste S.).

Was aber 2) Mecklenburg besonders betrifft, so hat die Linke a) in Rücksicht auf das ganze Land beantragt: daß wegen der Landesklöster sichernde Maßregeln genommen werden (11te S.); daß keine Pensionsverleihungen vor einem zu erlassenden Gesetze über Pensionirungen vorgenommen werden (12te S.); daß ein Finanz-Ausschuß zur Regelung des Abgabewesens erwählt werde; daß der Verfassungs-Ausschuß ein Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit vorlege (15te S.); daß die Prügelstrafe aufgehoben sei (20ste S.); daß das Volk bewaffnet werde (27ste und 89ste S.); daß das Hereinziehen preussischer Truppen in Strelitz ungesetzlich sei (64ste und 65ste S.); wegen der Militärconvention mit Preußen (80ste S.); daß die Regierung den Behörden und Beamten befehle, gegen Jedermann höflich zu sein (31ste S.); b) in Rücksicht auf einzelne Verhältnisse beantragt sie: daß bei Verpachtung der Domanalhöfe auf das Bedürfniß der Parcelirung Rücksicht genommen werde (2te S.); daß einstweilen keine Neuverpachtungen und Prolongationen Statt finden (7te S.); daß bei ablaufenden Pachtcontracten von Bauerstellen einstweilen keine neuen Contracte gegeben werden (12te S.); daß ein Ausschuß für Regelung der Verhältnisse der Hostagelöhner, Einlieger, Büdner und Bauern erwählt werde (3te S.); daß eine Amnestie für die politischen Gefangenen eintrete (8te S.); daß die Lage der ländlichen Schullehrer verbessert werde (9te S.); daß eine zeitgemäße Städteordnung berathen werde (15te S.);

daß das bestehende Kirchenregiment sich aller Neuerungen auf kirchlichem Gebiete enthalte (4te S.); daß das Militär aus Basse zurückgezogen, die dortige Gemeinde mit Gewaltmaßregeln verschont und die Kirche daselbst einstweilen der Gemeinde eingeräumt werde (74te S.); daß das Verbot für die Soldaten, an politischen Vereinen Theil zu nehmen zurückgenommen werde (22ste S.); daß die Rageburger Rekruten zur Einübung in den Waffen nicht nach Neustrelitz berufen, sondern zu Hause eingeübt werden (42ste S.); daß zur Verdoppelung des Heeres keine neuen Officiere und Unterofficiere ernannt, sondern die Rekruten von den vorhandenen Officieren und Unterofficieren oder von fähigen Gemeinen eingeübt werden; daß eine einfachere Bekleidung und Bewaffnung des Heeres eintrete (43ste S.); daß die Lattenstrafe bei den Soldaten aufhöre (46ste S.).

Dies sind die hauptsächlichsten von der Linken angeregten Fragen; ihre Anträge und Abstimmungen in allen Vorlagen und bei den Petitionen sind hinreichend bekannt und im Geiste des Volkswohls und der Volksfreiheit gehalten; sie aufzuzählen, liegt außer den Gränzen dieser möglichst kurzen Uebersicht.

Aus dem Volke hervorgegangen und des Volkes Willen beachtend gründet sich die Linke nur auf den Rückhalt, den sie im Volke hat oder zu haben glaubt; sie sind Demokraten und meinen, daß dem entschiedenen Willen des Volkes sich endlich Alles unterwerfen müsse; so möge denn auch der Wille des Volkes immer entschiedener, sich selbstbewußter und freier von allen Nebenrücksichten werden, damit Einer gestärkt durch den Andern, Jeder an seinem Theile zum Wohle des Ganzen arbeite. Des Deutschen Wahlspruch sei: Einheit, Freiheit, Brüderlichkeit!

Nach dem Sinne der Linken hätte jetzt folgender Antrag gestellt werden müssen:

1) In Erwägung, daß die Großherzoglichen Commissarien außer dem Entwurfe einer Geschäftsordnung und einer Verfassung, in welcher nicht einmal die Hauptgrundsätze der sogenannten constitutionellen Monarchie richtig begriffen, in vollen 7 Monaten nicht die geringste Vorlage gemacht, wodurch die Organisation des neu zu schaffenden Staates irgend wie hätte gefördert werden können;

2) in Erwägung, daß der wiederholten und motivirten Anforderung von Seiten der Abgeordneten-kammer, die Aufhebung der alten ständischen Verfassung zu bewirken, die Commissarien eine stets ausweichende Antwort entgegengesetzt und daß auf diese Weise ein unnatürlicher und verderblicher staatsrechtlicher Zustand gutgeheißen wird;

3) in Erwägung, daß die Commissarien weder über die

Unionsfrage noch über die zu bestimmende Civilliste, der dieserhalb von Seiten des Verfassungs-Ausschusses wiederholt gestellten Anträge ungeachtet, bis dahin kein Material vorgelegt und dadurch die Vollendung der Verfassung, der allernächsten Aufgabe, welche die Abgeordneten-kammer hat, insbesondere verzögern;

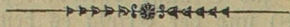
4) in Erwägung, daß die Commissarien einer Reihe von zum Theil wiederholt geprüften Beschlüssen der Abgeordneten-kammer überall kein Gehör gegeben, dieselben bei der Regierung nicht vertreten und dadurch die Wirksamkeit der Abgeordneten-kammer gelähmt haben, ja selbst die Ansicht im Lande erzeugt wurde, als mangle der Abgeordneten-kammer entweder Wille oder Einsicht;

5) in Erwägung, daß die Commissarien, wie ihre mehrfachen Erklärungen zur Genüge darthun (z. B. Protocoll 53, 55, 79, 80, 83, 98) und der Erfolg es bestätigt, fort und fort der Vorstellung huldigen, ohne sie geradezu ausgesprochen zu haben, nicht die Abgeordneten-kammer, sondern die Staatsregierung sei endgültig und in der That die gesetzgebende Macht, diese Vorstellung aber grundfalsch ist und eben so sehr das Volk in seinem wesentlichsten Rechte beeinträchtigt, als jeden Fortschritt hemmt;

6) in Erwägung, daß die Commissarien auf den Anruf der Kammer, einen offenen Anschluß an die Nationalversammlung in Frankfurt neuerdings nicht allein nicht ausgesprochen, sondern sogar, während die Nationalversammlung und die Centralregierung nach wie vor bestehen, die Wahl für den 5ten Reichswahlbezirk beanstanden und dadurch der von unserer gesetzgebenden und executiven Macht anerkannten Reichsverfassung jetzt, wo derselben durch absolutistische Regierungen Gefahr droht, eine Stütze, zu welcher das Gesetz und eine freisinnige ehrliche Politik verpflichtet, entzogen wird;

7) in Erwägung endlich, daß diese Commissarien nunmehr sogar keine Scheu getragen haben, den Anschluß Mecklenburg's an die schwachvolle preussische Reichsgegenpartie öffentlich auszusprechen, damit aber nicht allein die Grundsätze eines Ministeriums Brandenburg-Manteuffel, — welches, indem es Recht und Gesetz längst mißachtet, den Willen und das Werk der Einheit und Freiheit der deutschen Nation mit Füßen tritt und Zwietracht und Bürgerkrieg in unser bereits zerrissenes großes Vaterland hineinschleudert, — nicht, wie es hätte geschehen müssen, mit Entrüstung und Entschiedenheit zurückgewiesen, sondern sogar bei der wichtigsten politischen Lebensfrage die Zustimmung der Volksvertreter unerhörter Weise überall gar nicht begehrt haben; — wolle die hohe Versammlung beschließen:

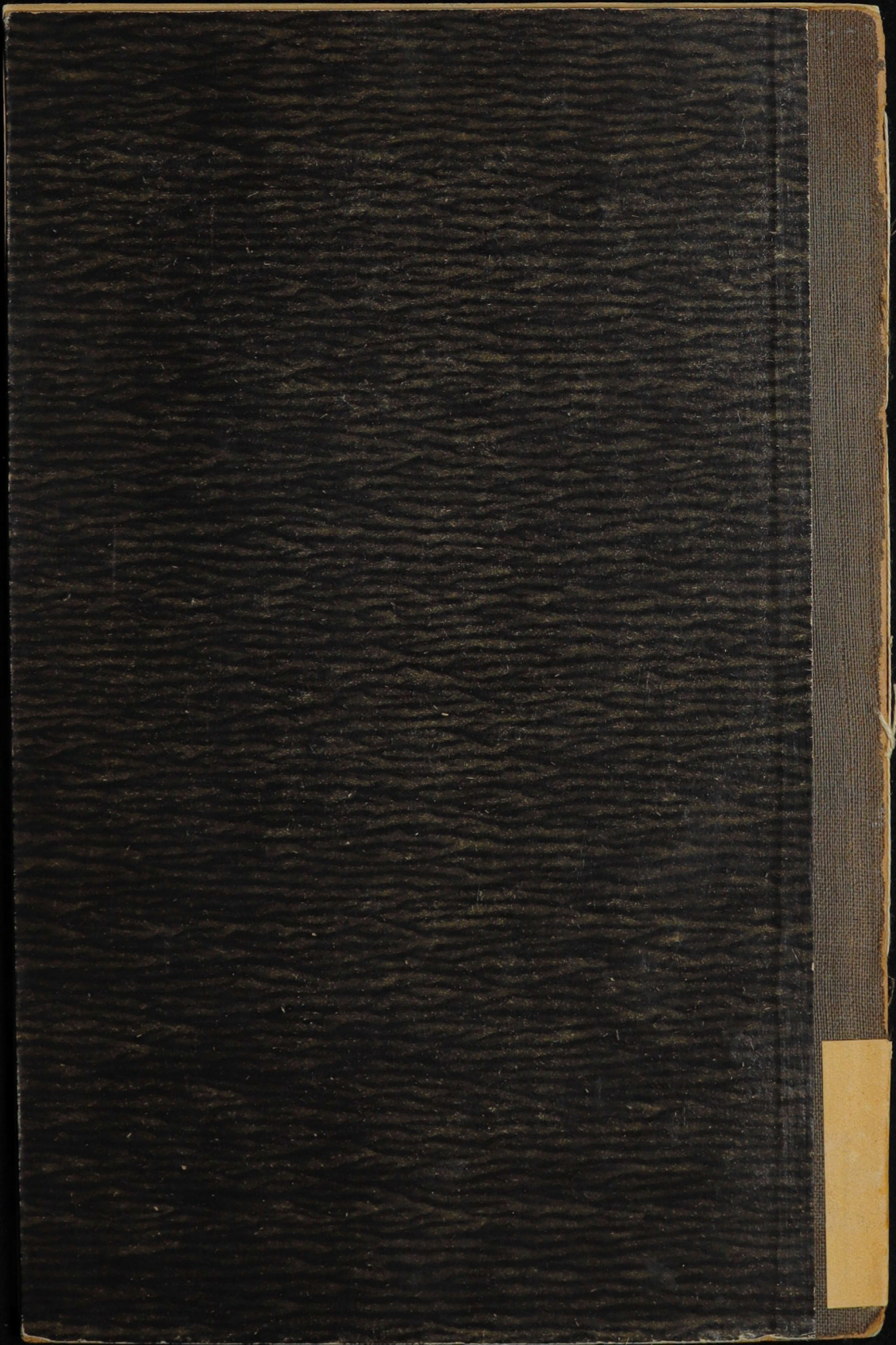
daß 6 Abgeordnete aus dem Plenum sofort erwählt werden, welche als Deputation an den Großherzog unter Darlegung der bewegenden Gründe mit dem bestimmten Ansuchen abgehe, die Commissarien ohne Verzug zu entlassen und an deren Stelle 4 andere entschieden freisinnige und politisch gebildete Männer zu ernennen.

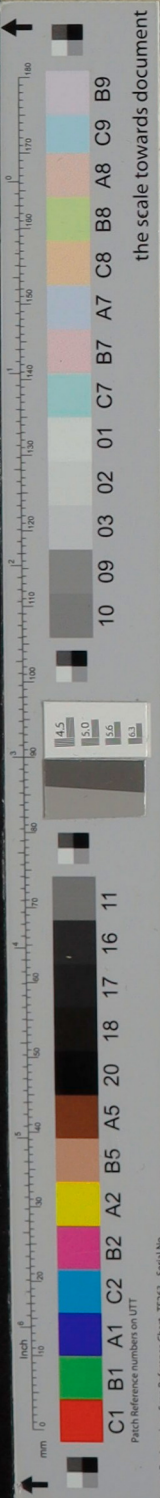


[The following text is extremely faint and largely illegible due to bleed-through from the reverse side of the page. It appears to be a continuation of the document's content.]

33
LBMV Schwerin
003 715 620







berte Wien vom 28—31. Oct., worauf dort viele unter ihnen Robert Blum, erschossen wurden. Ich dem Volke nachsagen, daß es oft den sogenannten verlassenen habe, es hat an seinen Unterdrückern Rache geübt, und wenn auch wohl Einer derselben aufbrausenden Hitze des Volks umkam, es hat die Feinden verziehen. Wo aber die Reaction siegt, die Gefängnisse, da wird die Verfolgung Jahre lang und unter dem Scheine des Rechts werden Viele tödort. — Nachdem Wien und Berlin gefallen, also ihr Haupt schon stolzer erheben konnte und Heere, die doch auch aus Staatsbürgern bestehen, das Schicksal ihrer geknechteten Väter und Brüder, als ihr Eigenthum, als blindes Werkzeug ihrer Handlungen, da trat auch die Reaction in der Nationalversammlung zu Frankfurt deutscher hervor. Es war nun diese Versammlung dazu bestimmt, Deutschland eine Verfassung zu geben, die Volk und Fürsten anzuerkennen und auszuweisen, nein die Fürsten standen nun schon wieder über dem ganzen Volk und das Vereinbarungsprincip wurde nicht angenommen — und darin stimmten Abgeordnete des Volks nicht ein. Wo es aber aufs Vereinbaren ankommt, das Verwerfen, das Nichtannehmen erfolgen; und es gehen. Vier deutsche Könige und ein Kaiser haben sich verworfen und wollen den deutschen Volksstämme eine bessere Verfassung aus Gnade und Barmherzigkeit nicht schenken, sondern nur leihen, und zwar so lange, wie die Fürsten gefällt oder das Volk sich nicht undankbar gegen die Gnade beweist. Die andern Fürsten Deutschlands haben die Verfassung anerkannt, aber zu ihrer Ausübung eben die Anerkennung der 3 Könige und des Kaisers so kann sie nicht ausgeführt werden; deshalb wird sie nicht ausgeführt, was in Frankfurt beschlossen ist, und das Ende dieses ersten Erwachens und Aufstehens wird eben sein: Es ist nichts erreicht, es ist nichts zu thun, — und du Volk, ziehe die Schlafmütze über dich und lege Dich zur Ruhe. Die Nacht und ihre Ruhe folgt ein neuer Morgen wird kommen, die Kraft, reicher an Erfahrungen wirst Du, mein Volk, und das Versäumte nachholen. Wir werfen einen Blick nun auf unsern mecklenburgischen Land, was ist in unserm Lande geschehen in der Zeit der Revolution des ganzen Deutschlands? Unser Fürst, gewiß einer der besten unter den deutschen Fürsten, verhiess seinem Lande